

Aufrecht gegen Nazis

Leben einer »Unverbesserlichen«: Zum Tod der Düsseldorfer Antifaschistin und Kommunistin

Maria Wachter Von Hans Daniel

Ob sie stolz sei auf ihr Alter, wurde Maria Wachter gefragt, als sie am 21. April dieses Jahres in Düsseldorf im Kreis von Freunden und Genossen ihren 100. Geburtstag beging. Auf ihr Alter sei sie nicht stolz, dafür könne sie ja nichts. »Aber ich bin natürlich stolz darauf, jetzt fast 80 Jahre der Kommunistischen Partei anzugehören«, sagte Wachter. Im September wollte sie dieses Jubiläum feiern. Nun ist Maria Wachter, eine der letzten Überlebenden des antifaschistischen Widerstandskampfes in Nordrhein-Westfalen am vergangenen Mittwoch in Düsseldorf gestorben. Das Leben einer aktiven Teilnehmerin an den Kämpfen des kommunistischen Widerstandes gegen Krieg und Faschismus hat sich erfüllt. »Es ist eine Pflicht, gegen die alten und neuen Nazis auf die Straße zu gehen und zu verhindern, daß sie ihre Propaganda verbreiten können«, mahnte sie immer wieder.

Wachter wuchs in einer sozialdemokratisch geprägten Familie auf. Über den kommunistischen Arbeitersportverein »Dynamo« kam sie 1930 zu KPD. Ein Jahr später wurde sie Mitglied der vom Schauspieler und späteren Intendanten des Düsseldorfer Schauspielhauses und des Deutschen Theaters in Berlin Wolfgang Langhoff betreuten Agitprop-Theatergruppe »Nord-West-Ran« in Düsseldorf. Als am 26. Januar 1932 Adolf Hitler, der »Führer« der faschistischen NSDAP im Düsseldorfer Industriecenter vor 300 Bank- und Konzerchefs sein Programm vorstellen konnte, gehörte sie zu der großen Schar der Demonstranten, die vor dem feudalen Parkhotel mahnten und warnten: »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg«.

Von 1933 bis 1935 lebte sie in ihrer Heimatstadt als Mitglied einer Widerstandsgruppe im Untergrund. Anschlie-



Maria Wachter im Jahr 1934 als 24jährige

ßend besuchte sie bis 1937 die internationale Leninschule in Moskau. Über den Pariser Exilvorstand der KPD kam sie als sogenannte Instrukteurin zu der in Amsterdam sitzenden Abschnitteleitung West der KPD. Bis 1939 reiste sie in dieser Funktion regelmäßig mit gefälschten Papieren zur Betreuung der im Bielefelder Raum wirkenden Widerstandsgruppen der KPD, unter

anderem in die Oetkerwerke und die Fahrradfabrik Dürkopp. Als »feindliche Ausländerin« wurde sie 1939 in Paris verhaftet und im Frauenstraflager Rieucros (Cevennen) interniert. Über 13 verschiedene Haftanstalten erfolgte zur Jahreswende 1942/43 der Transport nach Düsseldorf. Es folgte ein Prozeß in Hamm, die Verurteilung zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe

und anschließender Haft im KZ Ravensbrück. Davor bewahrte sie die Befreiung Mitte April 1945.

Wieder in Düsseldorf erlebte sie bald, daß der Antikommunismus erneut zur Staatsdoktrin wurde. Antifaschisten wurden aus den Ämtern gedrängt, 1951 wurde die FDJ verboten, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurde mit Verbot bedroht. 1956 dann wurde die KPD erneut in die Illegalität gedrängt. Unter der Beschuldigung, gegen das Urteil verstoßen und die illegale Betriebsgruppe der Partei im Stahlwerk Oberbilk angeleitet zu haben, wurde sie 1958 inhaftiert und vor Gericht gestellt. Eine »Unverbesserliche« sei sie, hatten die Richter mit Verweis auf die ihnen vorliegenden Gestapo-Akten befunden. Wachter mußte zwar freigesprochen werden, die Opferrente als Verfolgte des NS-Regimes wurde ihr jedoch abgesprochen.

Viele Jahre wirkte Maria Wachter in der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA in Frankfurt/Main. Zuletzt war sie Ehrenvorsitzende der Verfolgtenorganisation in Nordrhein-Westfalen. Mit großem Engagement widmete sie sich der Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand. Dem Förderverein der Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte gehörte sie als Ehrenmitglied an. Die »Volksvertreter« der Stadt konnten sich nicht zu einer öffentlichen Ehrung der Frau aufraffen, die so aufrecht durch das Leben gegangen ist. Im September 2008 verweigerte der Rat der Stadt in Koalition von CDU/FDP/SPD bei Stimmhaltung der Grünen und eines SPD-Rathern die Zustimmung zum Antrag der Linken auf Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

◆ Die Trauerfeier für Maria Wachter findet am 20. September, ab 13.20 Uhr, in der Kapelle des Stoffeler Friedhofs, Bittweg 60, in Düsseldorf statt.

Braune Schläger greifen Party an

MEERANE. Im sächsischen Meerane (Landkreis Zwickau) haben in der Nacht zum Sonntag etwa 30 Neonazis die Gäste einer Party attackiert. Nach Angaben der Polizei überfielen die Rechten gegen 2 Uhr die private Feier von 15 Angehörigen der linken Szene. Dabei erlitten sieben junge Männer Verletzungen, vier mußten im Krankenhaus behandelt werden. Es sei einer der schlimmsten Angriffe von Neonazis in Meerane seit Jahren gewesen, sagte Stadtrat Lothar Schilling (Die Linke) am Dienstag gegenüber *junge Welt*. Schilling kündigte an, daß seine Partei den Überfall am kommenden Dienstag im Stadtrat auf die Tagesordnung setzen werde. Laut MDR ermittelt die Staatsschutzabteilung der Kriminalpolizei wegen Verdachts des Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung gegen vier Männer im Alter von 20 bis 29 Jahren. (jW)

NPD forciert Fusion mit DVU

BERLIN. Die NPD will noch in diesem Jahr die geplante Vereinigung mit der DVU abschließen. Das teilte Parteichef Udo Voigt am Montag in Berlin mit. Am Wochenende habe sich der Parteivorstand »nahezu einstimmig« für die Annahme des Fusionsvertrages ausgesprochen, so Voigt in einer Presseerklärung. Die NPD plant, die Fusion auf einem Sonderparteitag am 6. oder 7. November zu beschließen. Die Zustimmung des DVU-Parteivorstandes steht noch aus. Laut Verfassungsschutz verfügt die DVU derzeit über etwa 4 500 Mitglieder, bei der NPD sind es demnach knapp 7 000. (jW)

Rechtsrock in Eschede

ESCHEDA. Am vergangenen Samstag haben sich etwa 600 Neonazis zu einem Rechtsrockkonzert im niedersächsischen Eschede versammelt. Das teilte das Internetportal npd-blog.info am Dienstag mit. Demnach sollen die Konzertbesucher aus dem gesamten Bundesgebiet und vereinzelt auch aus dem europäischen Ausland angereist sein. Organisiert wurde das Konzert laut npd-blog.info von Marcus Winter, einem Neonazikader, der auch Anmelder der Aufmärsche in Bad Nenndorf ist.

Bei den Vorkontrollen soll die Polizei Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt haben, zudem wurden Ermittlungsverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet. Eine antifaschistische Demonstration wurde nur unter strengen Auflagen an einem anderen Ort gestattet. Die Organisatoren zogen daraufhin die Anmeldung zurück, da die Proteste nicht mehr in Hör- und Sichtweite an die rechten Adressaten hätten gerichtet werden können. (jW)

Proteste gegen rechte Gewalt im Kiez

In Berlin-Weißensee wehren sich Jugendclubs nach Überfällen. CDU-Politiker fordert Verbot von Antifademo

In Berlin-Weißensee wollen Neonazigegner am Samstag gegen rechte Gewalt und braune Propaganda demonstrieren. Nach Auffassung von Antifaschisten sind es die Anhänger der »Freien Nationalisten Berlin-Mitte« (FN Berlin-Mitte), auf deren Konto ein Großteil der rechten Aktionen gehen. Nach dem Verbot mehrerer Kameradschaften in der Stadt fanden parteiunabhängige Neonazis in der 2009 gegründeten, extrem gewalttätig auftretenden Gruppe ein Betätigungsfeld. Die Mitglieder der FN Berlin-Mitte sind zumeist sehr jung, der Kern der rechten Truppe wird auf 15 Personen geschätzt. Zuletzt wurde die Internetseite der Gruppe gesperrt, weil darauf einem Journalisten, der über ihre Aktivität berichtete, Gewalt angedroht wurde.

Anlaß einer von Jugendeinrichtungen, alternativen Clubs, der Partei Die Linke und Antifagruppen unterstützten Kundgebung mit anschließender Demo unter dem Motto »Kein Kiez für Nazis« am Samstag nachmittag (14 Uhr, Mahlerstr./Bizetstr.) sind eine Häufung rechter Aktivitäten im Ortsteil Weißensee seit Mai 2010. Darunter fielen auch mehre-

re Angriffe auf den Jugendclub »Bunte Kuh«. Mitte Juli versuchten Aktivisten der FN Berlin-Mitte gleich zweimal innerhalb weniger Tage, die Einrichtung zu überfallen. Mit sich führten sie Teleskopschlagstöcke, Messer, Schlagringe und Holzlatten. In einem Fall verhinderten Polizisten, daß Schlimmeres passierte. Beim nächsten Mal gelang es linken Jugendlichen selbst, die Neonazis in die Flucht zu schlagen.

Die »Bunte Kuh« hat ihre Räume im Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) in der Bernkasteler Straße. Sie ist Neonazis wegen ihres antifaschistischen Selbstverständnisses seit 20 Jahren ein Dorn im Auge. Martin Sonnenburg vom Vorbereitungsbündnis »Kein Kiez für Nazis« betont im *jW*-Gespräch die Bedeutung von »Bunter Kuh« und KuBiZ. Sie seien »im Kiez die einzigen Einrichtungen, in denen die Jugendlichen selbstverwaltet Kultur und Politik machen können«, so Sonnenburg.

Die Veranstalter der Kundgebung am Samstag beklagen in ihrem Aufruf, daß in Weißensee gerade an den Abenden öffentliche Plätze zu Treffpunkten rechter Cliquen werden und viele

Bewohner dies mit Gleichgültigkeit quittieren. Weiter heißt es: »Wenn von Behörden (...) von einem »gegenseitigen Hochschaukeln zwischen links und rechts« die Rede ist, dann kann dem nur entgegenghalten werden, daß es keine »Gewaltspirale« gibt, sondern eine Konfrontation, die klar von organisierten Neonazis ausgeht«.

Daß dieses »Links gleich rechts«-Schema keineswegs nur bei Behörden großen Anklang findet, bekamen die Organisatoren auch im Vorfeld ihrer Kundgebung zu spüren. Dirk Stettner, Pankows CDU-Vorsitzender, schrieb in diesen Tagen einen Brief an Berlins Polizeipräsidenten, in dem er ein Verbot der Kundgebung forderte. Es sei zu befürchten, daß »erst durch diesen Aufmarsch radikale und gewaltbereite Menschen nach Weißensee »gezogen« werden«, orakelte der CDU-Politiker, der zugleich Vorsitzender eines lokalen Vereins ist. Dieser richtet am Wochenende einige Meter vom Kundgebungsort entfernt das traditionelle »Blumenfest« aus, das seit Jahren auch immer wieder Neonazis anzieht. »Während eine Großveranstaltung wie das

Weißenseer Blumenfest läuft, ist diese veranstaltungsfremde Gewalt – falls es dazu kommt – deutlich schwerer zu kontrollieren als zu einem Zeitpunkt ohne parallel laufende Großveranstaltung«, so Stettner weiter. Unklar ist noch, ob sich die Versammlungsbehörde von dieser Panikmache beeinflussen läßt. Auf *jW*-Anfrage, ob er das von den Jugendeinrichtungen vertretene Anliegen, gegen rechte Angriffe zu protestieren, berechtigt finde, erklärte Stettner am Dienstag: »Selbstverständlich ist es sinnvoll, gegen Extremisten und Gewaltbereite jeglicher Ausrichtung zu demonstrieren«.

Daß es Stettner und sein Pankower CDU-Parteiverband allerdings gerade mit der Abgrenzung nach rechts anscheinend nicht so ernst meinen, ließ sich bis gestern noch auf der von ihm verantworteten Website des CDU-Ortsverbandes Weißensee feststellen. Unkommentiert erschien dort eine Meldung der rechten Zeitung *Junge Freiheit* über »linksextreme Gewalt« mit Link zu deren Website. Nach einer *jW*-Anfrage wurde der Text entfernt. Lothar Bassermann

◆ <http://keinkiezfuernazis.blogspot.eu>